



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/223 - 26.9.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Was nicht sozialisiert werden soll  
Zur Debatte um das Aktionsprogramm  
Gefälschte Saar-Versprechen Adenauers  
Der Westen und die deutsche Einheit

---

## Sozialdemokratie und Eigentum

Von Herbert Kriedemann, M.d.B.

Dortmund, 26. September 1952

Zu den ältesten Ladenhütern der reaktionären Greuelpropaganda gegen die SPD gehört die Behauptung, dass die Sozialdemokraten Gegner des Privateigentums seien. Durch bewusste Verfälschung der Sozialisierungsforderungen werden Millionen Menschen von der grossen Volksbewegung, die die SPD darstellt, ferngehalten, obwohl in den programmatischen Erklärungen der Partei wiederholt klargestellt worden ist, auf welchem Gebiet und in welchem Umfang die Sozialdemokratie Sozialisierungsmassnahmen fordert und welche Kategorie von Privateigentum angegriffen wird.

Das Aktionsprogramm, das die jüngste verpflichtende Stellungnahme der Sozialdemokratie ist, legt die Stellung der SPD zum Privateigentum erneut und in einem Zusammenhang klar, der jeden überzeugen muss, der sich nicht schon völlig umnebeln liess. Ausdrücklich heisst es, dass die SPD z.B. das bäuerliche Privateigentum anerkennt. Für den, der weiss, wie entschieden die Sozialdemokratie die sogenannte Bodenreform in der Ostzone und alle damit zusammenhängenden Kollektivierungsbestrebungen abgelehnt hat, bedeutet diese programmatische Erklärung nichts Neues. Für alle aber, die sich kritisch mit den Vorstel-

lungen der SPD und mit den Behauptungen ihrer politischen Gegner auseinandersetzen wollen, liefert der Zusammenhang, in dem dieses Bekenntnis abgelegt wird, den schlüssigen Beweis dafür, dass es sich nicht um eine unverbindliche Propagandafloskel, sondern um die logische Konsequenz des sozialdemokratischen Sozial- und Wirtschaftsprogramms handelt.

Im bäuerlichen Privateigentum, zu dem die SPD uneingeschränkt ihr Ja sagt, sieht sie jenes Eigentum, das sich z.B. von einem Aktienpaket dadurch unterscheidet, dass es dem Eigentümer - in diesem Falle also den Bauern, der mit seiner und seiner Familie Arbeitskraft sein Feld bebaut - freimacht von der Ausbeutung durch jene Leute, die nicht davon leben, dass sie selbst arbeiten, sondern davon, andere für sich arbeiten zu lassen. Was für das bäuerliche Privateigentum zutrifft, gilt in vollem Umfang auch für das Eigentum in Handwerk und Gewerbe, wo es ebenso wie auf dem Lande die Voraussetzung für eine grosse Zahl von selbständigen Existenzen bildet. Zum leidenschaftlichen Bekenntnis der SPD zur Freiheit des einzelnen und zur Menschenwürde gehört die Bereitschaft, die materiellen Voraussetzungen für diese Freiheit einer möglichst breiten Schicht in unserem Volk durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik zu sichern. Darum gehören alle die Massnahmen zum Programm der SPD, die breiten Schichten zu Eigentum verhelfen wollen. Sozialer Wohnungsbau und Siedlung sind dafür unwiderlegbare Beweise. Die Massnahmen auf diesem Gebiet haben die soziale und wirtschaftliche Situation von Millionen Menschen, die die Entwicklung des modernen Kapitalismus zu eigentumslosen Proletariern gemacht hat, so entscheidend verbessert, dass keine noch so demagogische Gegenpropaganda sie aus der Welt schaffen kann. Auch im vorbehaltlosen Bekenntnis der SPD zum Genossenschaftswesen liegt mehr praktische Hilfe für die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden als in jener Sorte von sogenannter Mittelstandspropaganda, die doch nur dazu dient, diese Schichten politisch für Zwecke zu missbrauchen, die nicht ihre eigenen sind.

Gegenüber diesen Versuchen wird die SPD nicht in ihren Bemühungen nachlassen, die Interessen aller derjenigen zu vertreten, die durch ihre Arbeit, durch ihre produktive Leistung, einen Anspruch darauf haben, vor der Gefährdung ihrer Existenz durch politische Abenteuerer und wirtschaftliche Freibeuter geschützt zu werden. Erst dann, wenn alle, die es angeht, begriffen haben, dass nicht das Eigentum schlechthin, sondern die Art und Weise, in der es verwendet wird, das entscheidende Problem darstellt, wird die breite Grundlage geschaffen sein, auf der allein Frieden und Sicherheit nach innen und nach aussen bestehen können.

### Was wurde im Kreml verhandelt?

-f- Es gibt komplizierte internationale Vereinbarungen, deren Bedeutung durch einen Blick auf eine Landkarte mit einem Schlag klar wird. Zu ihnen gehört die sowjetisch-chinesische Abmachung, dass die Sowjettruppen weiterhin in der chinesischen Marinebasis Port Arthur bleiben sollen. Der berühmte Kriegshafen Port Arthur liegt etwa auf der Höhe von Peking und der Mitte Koreas, von beiden ungefähr gleich weit oder besser, gleich nahe entfernt. Der Hafen sollte nach dem sowjetisch-chinesischen Vertrag von 1950 bis zum Ende dieses Jahres von den sowjetrussischen Truppen geräumt und an die Chinesen zurückgegeben werden.

Die chinesische Regierung, bei den jetzt abgeschlossenen Verhandlungen im Kreml durch ihren Ministerpräsidenten vertreten, hat Wert darauf gelegt, dass die Russen in Port Arthur bleiben. Moskau hat dieser Bitte entsprochen. Die Changchun-Eisenbahn, die Port Arthur mit dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Harbin in der Mandschurei verbindet, ist von den Sowjets an die Chinesen vertragsgemäss zurückgegeben worden. In den Notizen, soweit sie veröffentlicht worden sind, ist nichts darüber gesagt, ob die Russen die Bahn weiterbenutzen können. Aber das ist bei der Notwendigkeit, die Sowjettruppen in Port Arthur zu versorgen, so selbstverständlich, dass es keiner Erwähnung bedurfte.

Der Kreml hat seine politische Geheimwaffe, das Schweigen, nach dem Abschluss dieser zweifellos bedeutenden Verhandlungen mit seinem wichtigsten Partner in der Welt mit Erfolg angewandt. Denn ausser diesen Abmachungen ist nicht einmal bekanntgeworden, worüber sich die Russen und Chinesen in den wochenlangen Gesprächen unterhalten haben. Die amtliche Verlautbarung spricht lediglich von "bedeutenden politischen und wirtschaftlichen Fragen," die "in einer Atmosphäre gegenseitigen freundschaftlichen Verständnisses und der Aufrichtigkeit" besprochen worden seien.

Wieder einmal steht also der Westen vor einer ganzen Kette von Rätseln. Es ist ihm kein Fingerzeig in wichtigen Fragen gegeben worden, in welcher Richtung sich die Gespräche bewegt haben, ob etwa Peking

bereit ist, in der Frage des koreanischen Waffenstillstandes nachzugeben oder hart zu bleiben, ob Moskau die Chinesen zu der einen oder zu der anderen Haltung gedrängt hat, ob Peking oder Moskau oder beide heute für oder gegen die Eröffnung einer neuen Front in Südostasien sind und für oder gegen eine Verstärkung der Einflussnahme auf die Kämpfe in Burma, Malaya oder Indochina.

Wenn man sich vor Augen hält, welches Gewicht Washington heute der asiatischen Entwicklung beimisst, wie sehr immer mehr auch für die Demokratische Partei der Zwang wächst, Asien weit stärker als bisher in die politische Rechnung einzubeziehen, dann wird deutlich, dass jede asiatische Veränderung beträchtliche Rückwirkungen auf die Politik Washingtons und damit auch auf Europa haben muss. Gerade der dichte Schleier, den Moskau und Peking bewusst über die Kremlgespräche gelegt haben, kann sich für Europa nachteilig auswirken, denn er verstärkt die Unruhe und Unsicherheit der Amerikaner, was zumindest der Kreml nur willkommen sein kann.

#### Nichteinmischung an der Saar?

Die Delegierten des sogenannten "Saar-Staates" in der Beratenden Versammlung des Europarates haben in der vergangenen Woche in Strassburg einen Antrag eingebracht, dem zufolge der Europarat empfehlen soll, dass bei einer Wahl oder einer Abstimmung im Saargebiet dessen Nachbarn den Grundsatz der Nichteinmischung zu beachten haben.

Mit dieser Initiative im Strassburger Europarat machten sich die Satelliten Frankreichs in Saarbrücken eine Erklärung des Deutschen Bundeskanzlers zunutze, die dieser kürzlich abgegeben hat und die in Kreisen der Opposition im Saargebiet damals stärkstes Misserfolge erregt hatte.

Herr Adenauer hatte erklärt, Frankreich und Deutschland würden sich bei einer Entscheidung der Saarbevölkerung über die "Europäisierung des Saarlandes" jeder Einflussnahme enthalten. Diese Erklärung hat nun dazu geführt, dass die Separatisten an der Saar den Deutschen Bundeskanzler und Außenminister gegen die deutsche Opposition im Saargebiet ausspielen können. Es bedarf angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse in diesem widerrechtlich von Deutschland getrennten Gebiet keiner weiteren Erläuterungen, um festzustellen, dass eine solche Empfehlung sich einseitig gegen Deutschland richten würde, das

ja - nach der Auffassung Frankreichs und der Saarregierung - von der Saar her als Ausland zu betrachten ist. Man weiss nicht, was man mehr bestaunen soll, die Leichtfertigkeit, mit der Bundeskanzler Adenauer Erklärungen abgibt oder die Unverfrorenheit, mit der die "Saarvertreter" den Versuch machen, ein solch durchsichtiges Manöver zu starten.

Dass es sich nur um ein Täuschungsmanöver handeln kann, ist für jeden auf den ersten Blick erkennbar. Denn wie wäre zu überwachen, daß Frankreich sich jeder Einflussnahme enthält in einem Gebiet, in dem es alle Machtpositionen in seiner Hand vereinigt und zu dem von Frankreich her keine Grenze besteht? Der Machtapparat des Botschafter-Kommissars Grandval, die französische Verwaltung der Schwerindustrie, der Banken und Versicherung, der Spitzelapparate der Sureté mit seinen ausgedehnten Vollmachten haben alle Möglichkeiten, die Menschen an der Saar unter Druck zu setzen und ihre Freunde in den separatistischen Parteien zu stützen. Wer wollte nachweisen, dass beispielsweise Spenden von mehreren Millionen Franken an Hoffmann oder Kirn und ihre Parteien von Frankreich gegeben wurden?

Auf der anderen Seite aber besteht zur Bundesrepublik, zu der die Saar völkerrechtlich gehört, eine scharf überwachte Grenze, die jede Einflussnahme von Deutschland her fast unmöglich macht. Die Saarbevölkerung unterliegt seit sieben Jahren einer einseitig-französischen Propaganda durch Presse, Rundfunk und die separatistischen Parteien. Selbst dann, wenn die deutschen Oppositionsparteien rechtzeitig vor einer Wahl oder Abstimmung zugelassen werden, werden sie es schwer genug haben, gegen den Machtblock auf der anderen Seite mit Erfolg anzukämpfen. Sie werden sich dann durchsetzen, wenn entweder Frankreich seinen Machtapparat abbaut und neutrale Beobachter die Durchführung einer Wahl überwachen oder wenn Deutschland das gleiche Recht für sich in Anspruch nimmt, das Frankreich sich seit Jahren an der Saar genommen hat.

Aber auch dann, wenn gleiche Chancen bestehen, ist ein Plebiszit der Saarbevölkerung über die Europäisierung undenkbar. Man kann nicht über ein Schlagwort ohne konkreten Inhalt abstimmen, zumal keiner von denen, die es geprägt haben, klare Vorstellungen von seiner Verwirklichung besitzt. Das wäre ein Täuschungsmanöver, das dem des Jahres 1947 ähnelte, als man den Generalbegriff "Wirtschaftlicher Anschluss" in die Debatte warf, ohne den Menschen zu sagen, was man sich darunter vorstellt. Aber heute schreibt man nicht mehr 1947 und die Drohungen mit Demontage, Hunger und Massenelend wirken nicht mehr.

Doppelter Prüfstein

sp. Die Erklärung, die die britische Regierung zur sozialdemokratischen Forderung einer Vierer-Konferenz herausgab, schliesst mit der Bemerkung, dass, wenn Moskau an der Ablehnung der westlichen Tagesordnungs-Vorschläge festhalte, ein solches Vorgehen die deutschen Interessen und das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands nur gefährden könne. Die Suche nach und die Festlegung auf eine starre Tagesordnung bildet den roten Faden des west-östlichen Notenwechsels, und was bisher dabei herausgekommen ist, geht an den Kernfragen vorbei. Die Vierer-Konferenz wird und muss kommen, aber es hat den Anschein, und er wird mit jedem Tag verstärkt, dass das Bestreben beider Mächteblocks trotz allen Lippenbekenntnissen zur deutschen Wiedervereinigung nur von der Absicht diktiert ist, eine solche Konferenz möglichst lange hinauszuschieben.

Für die westlichen Besatzungsmächte liegen - von ihrem Standpunkt aus gesehen - die Vorteile einer Verschiebung der Vierer-Konferenz klar auf der Hand. Sie hoffen, in der Zwischenzeit durch die Westverträge die Bundesrepublik auch militärisch an sich zu ketten. Das System der Westverträge in seiner gegenwärtigen Form schliesst eine eigene Handlungsfreiheit der Bundesrepublik auf aussenpolitischem Gebiete aus. Es ist den Westmächten völlig anheimgegeben, in Sachen der deutschen Einheit aktiv zu werden oder inaktiv zu bleiben, je nach ihren eigenen national-egoistischen oder machtpolitischen Bedürfnissen. Damit wird die Frage der deutschen Wiedervereinigung, eine zentrale Frage der Weltpolitik und für das deutsche Volk eine Frage auf Leben und Tod, zu einem untergeordneten Objekt in den Beziehungen zwischen West und Ost.

Bisher wurde noch von niemandem der Haupteinwand gegen die von den Westmächten und auch von der deutschen Bundesregierung propagierte "Politik der Stärke" ernsthaft widerlegt. Die "Englische Rundschau", das offizielle Organ der britischen Regierung in Deutschland, bemerkte am Vorabend der Überreichung der Antwortnote an die Sowjetunion, dass die Moskau-Politik in Europa weiterhin eine Erstarrung der Fronten im Kalten Krieg will. "Sie werden erst auftauen, wenn der Aufbau

friedlicher Verteidigungsstärke und politischer Konsolidierung im Westen Moskau davon überzeugt haben wird, dass es dem Westen seinen Willen nicht aufzwingen kann und dass eine konstruktive Lösung am Konferenztisch auch seinen eigenen Vorteilen dienen wird". Das ist reine Spekulation. Noch niemals in der neueren Geschichte gab es eine Weltmacht, die einer blossen Drohung nachgegeben hätte.

Eine für das deutsche Volk tödliche Gefahr tut sich damit auf. Der Konsolidierung der Machtposition der westlichen Besatzungsmächte in der Bundesrepublik entspricht die sowjetische Besatzungspolitik, die die Sowjetzone auch als militärischen und politischen Vorposten des sowjetrussischen Riesenreiches ausbaut und besetzt - mit all den tragischen Konsequenzen für 18 Millionen Deutsche.

Eine Verständigung auf Kosten des deutschen Volkes und auf der Grundlage des status quo wäre dann denkbar und für beide Seiten, zumindest kurzfristig, annehmbar. Beiden Seiten geht es heute um Zeitgewinn, denn noch sind nicht unwiderrufliche Tatbestände geschaffen. Beide Seiten zögern auch, die Schuld für eine endgültige Aufteilung Europas in Machtphären auf sich zu nehmen: der Schuldige soll in jedem Fall der andere sein. Sinn und Zweck des sozialdemokratischen Verlangens nach einer Vierer-Konferenz ist es doch, eine Entwicklung zu verhindern, die zwar den Siegern des zweiten Weltkrieges willkommen und erstrebenswert sein mag, aber die Aufgabe Deutschlands als eigenständigen Faktor in der europäischen Politik und den endgültigen Verlust der deutschen Einheit in Freiheit bedeutet.

Will das auch der Westen? Seine Art, den Notenwechsel zu führen, gibt keine klare Antwort, lässt sogar einen gewissen Verdacht in die Aufrichtigkeit seiner Beteuerungen aufkommen, das Ziel seiner Politik sei auch die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Zeit ist jetzt gekommen, durch einen ernsthaften Versuch und durch wirkliche Aktionen, die nur von einer Vierer-Begegnung ausgehen können, die deutsche Einheit in Freiheit voranzutreiben. Ein Notenkrieg wird es niemals erreichen.

### Vom Klima des Parteitages

---

sp. Dortmund, 26.9.

Die Diskussion ist unerlässlicher Bestandteil demokratischen Lebens: Mag sie auf hohem oder volkstümlichem Niveau geführt werden, im Einzelfall zu Ergebnissen führen oder nicht. Zwei Tage lang hat der Parteitag diskutiert, am Freitag den Entwurf eines Aktionsprogrammes.

Gerade diese Diskussion war in grossen Teilen ungemein aufschlussreich, sie war auch oft beispielhaft. Das ist eine der erfreulichsten Tatsachen des ganzen Parteitages. Es war gut, dass so viele in- und ausländische Journalisten und andere Beobachter zugegen waren. Anschaulicher und überzeugender konnte ihnen nicht bewiesen werden, wie lebendig das demokratische Element freier Aussprache in der deutschen Sozialdemokratie ist, der man so oft Erstarrung, übersteigerte Disziplin und Unterdrückung freier Meinungsäusserung durch die "Männer an der Spitze des Apparates" vorgeworfen hatte.

Hier wurde wirklich freimütig, meist bestimmt und selbstbewusst und doch ohne Geltungsbedürfnis, sachlich und mit guten Argumenten und schliesslich aus einer inneren Haltung heraus gesprochen, die ernstes Ringen um den besten Weg zum gemeinsamen Ziel bewies. Der weite Kreis der Sprecher reichte, vom Alter her gesehen, vom greisen Paul Löbe mit seiner politischen und parlamentarischen Erfahrung von einem halben Jahrhundert bis etwa zu einem blassen, rötlich-blonden Delegierten aus dem Bezirk Hamburg-West, der mit ernstem Jungengesicht in freier Rede eindringlich und doch mit der seiner Jugend angemessenen Zurückhaltung eine genauere Klärung der Haltung der Partei in der Wehrfrage wünschte und der Ansicht war, dass eine Zustimmung zu einem Wehrbeitrag nur nach Wiederherstellung der deutschen Einheit erfolgen dürfe.

Die Aktivität der jüngeren Kräfte in der Partei war besonders bezeichnend. Vielleicht hat sich die altersmässige Zusammensetzung der Delegierten im Vergleich zu Hamburg oder Düsseldorf gar nicht wesentlich verändert, aber unverkennbar war das stärkere Hervortreten des jüngeren Elementes und - als Ursache oder Folge? - die gewachsene Einsicht der Älteren, die Türen weiter aufzumachen, als das bisher vielfach geschehen ist. Der Bundestagsabgeordnete Erler, selbst ein Mann von noch nicht 40 Jahren, der aber doch schon seit langem zu den Erfahrenen gehört, hat dieser Notwendigkeit, die Jugend noch stärker heranzuziehen, beredten Ausdruck gegeben. Auch viele persönliche Gespräche am Rande des Kongresses hatten gerade diese Frage zum Gegenstand. Typisch für das, was die Jüngeren zu sagen hatten, war auch ihr ausgeprägter Sinn für politische Realitäten, die Scheu vor grossen Worten, eine nüchterne Denkart und Sprechweise also, die aber nirgends Züge jenes der deutschen Jugend so gern nachgesagten Zynismus trug. Aufschlussreich war schliesslich - auf das Gesamtbild bezogen - das vorherrschende Interesse für Sozial- und Wirtschaftsfragen, während es zum aussenpolitischen Teil wenig Einwände oder Ergänzungswünsche gab.

Geschlossen in der Grundhaltung und sehr lebendig differenziert in der Beurteilung des einzelnen Problems, das war, nicht nur am Tage der Beratung des Aktionsprogrammes, sondern vorher schon im Anschluss an die grundlegende Rede Ollenhauers, der Gesamteindruck aus den ausgedehnten Diskussionen. Wohl manche Partei in Deutschland wünschte sich ein so gesundes politisches Klima.